

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Frühjahr 1957

Das für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr und den Braunkohlenbergbau der SBZ sehr günstige und schon zeitig einsetzende milde Frühjahrs Wetter war für die Ostberliner Staatliche Plankommission ein „Millionengeschenk“. Sie konnte es in diesem Jahre besonders gut gebrauchen; denn sie mußte die gesamte Wirtschaft bis Ende April nach mehr oder weniger provisorischen Anordnungen arbeiten lassen, was bestimmt nicht ohne Verluste und Fehlentwicklungen abgegangen ist, weil die Anpassung des für das Jahr 1957 vorgesehenen Wirtschaftsplane's an die durch die starken Störungen des letzten Jahresendes veränderte Lage der Ostblock-Wirtschaft sehr lange dauerte. Konnte der Volkswirtschaftsplan 1956 schon Anfang Dezember 1955 verkündet werden, so zog sich das in diesem Jahre bis zum 28. April hin. Über den Staatshaushaltsplan, der die Finanzierung der volkswirtschaftlichen Pläne festlegt, wurde noch länger beraten.

Der offizielle Bericht über den Ablauf des 1. Kalendervierteljahres 1957, der wenige Tage nach dem Wirtschaftsplan für 1957 veröffentlicht wurde, läßt das verspätete Wirksamwerden der endgültigen Plananordnungen jedoch nur zwischen den Zeilen erkennen. Ja, man könnte fast auf den Gedanken kommen, daß das improvisierende Wirtschaften gar nicht nachteilig gewesen sei; denn die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (ZVSt) schilderte die Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1957 ausgesprochen rosig. Sie war sicherlich auch besser als im 1. Quartal 1956, aber wir wollen dies nicht auf den Umstand zurückführen, daß damals schon nach dem endgültigen staatlichen Plan und in diesem Jahre noch nicht nach einem solchen gewirtschaftet worden ist.

Bei dem Vergleich der Wirtschaftsentwicklung in den ersten Quartalen der Jahre 1956 und 1957 an Hand der offiziellen Berichte stößt man auf die üblichen Schwierigkeiten. Die Berichte weisen eine unterschiedliche Gliederung auf, und nur selten wird über vergleichbare Tatbestände berichtet. Die Steigerung der Industrieproduktion gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal wurde z. B. für 1956 nur für die volkseigene Industrie, und zwar mit 7 vH angegeben, während 1957 der Zuwachs der gesamten Industrie, und zwar mit 10 vH genannt wurde. Daß der Zuwachs im 1. Quartal dieses Jahres größer war als der im Vorjahresquartal sagt jedoch noch nichts über die Höhe des abso-

luten Produktionswertes aus; denn der in Prozent ausgedrückte Zuwachs 1957 ist ja auf eine relativ niedrige Basis im 1. Quartal 1956 bezogen worden. Der Plan der industriellen Bruttoproduktion ist nämlich im 1. Quartal 1956 insgesamt nur mit 95 vH erfüllt worden. Um nun im 1. Quartal dieses Jahres nicht wieder eine Untererfüllung melden zu müssen, hat die ZVSt nur die Planerfüllung der wirtschaftlich in jeder Weise bevorzugten zentral geleiteten volkseigenen Betriebe angegeben, und diese haben — welch eine Genauigkeit der Aussage (!) — den Plan mit 0,5 vH übererfüllt. Die Gesamtindustrie hat danach den Plan bestenfalls mit 98 vH erfüllt, was immerhin eine Besserung gegenüber dem Vorjahresquartal bedeutet.

Produktionssteigerung der Industrie im Bereiche der einzelnen Industrieministerien

	1. Qu. 1956 (1.Qu.55=100)	1. Qu. 1957 (1.Qu.56=100)
Ministerium für		
Kohle und Energie	106	109
Berg- und Hüttenwesen	107	107
chemische Industrie	109	107
Schwermaschinenbau	107	107
allgem. Maschinenbau	106	116
Leichtindustrie	104	111
Lebensmittelindustrie	106	100
Aufbau	108	?

Diese nach Ministeriumsbereichen gegliederten Zuwachsraten sind vergleichbar. Bedauerlich ist nur, daß der Prozentsatz der jeweiligen Planerfüllung nur für 1957, nicht aber für das 1. Quartal 1956 angegeben worden ist. Doch vergleichen wir erst einmal die Zuwachsraten.

Bei Kohle und Energie hat das milde Wetter die Wachstumskurve nach oben gedrückt. Trotzdem spricht der Bericht davon, daß im Braunkohlenbergbau „besondere Anstrengungen notwendig sind, um die Vorräte an gewinnbar freigelegter Kohle zu erhöhen“. Daraus könnte man schließen, daß die Abraumarbeitungen der Tagebaue nicht befriedigten. Andererseits hebt der Bericht jedoch die 100prozentige Erfüllung des Abraumplanes im 1. Quartal 1957 hervor. Offensichtlich war also der provisorische Planansatz für einen Gleichlauf mit der übrigen Wirtschaftsentwicklung zu niedrig. Man könnte nun der Meinung sein, daß das nicht viel bedeute, weil man ja den Planansatz dann im 2. Quartal 1957 entsprechend erhöhen könnte. Das ist auch richtig, doch die Sache hat auch eine finanzielle Seite.

Übererfüllung des Planes bedeutet in diesem Wirtschaftssystem Ausschüttung von Prämien. Wenn jedoch der Planansatz zu niedrig war, dann hat der Staat mit den Prämien Leistungen belohnt, die — gemessen an den wirklichen Erfordernissen — noch gar nicht prämienswürdig waren. Dem Mehr an Arbeits-einkommen steht kein entsprechendes Mehr an

Warenaufkommen gegenüber. So kommt ein Fall zum anderen, woraus sich dann insgesamt ein Kaufkraftüberhang bei der Bevölkerung bildet, der das Zeichen des fehlenden Gleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage ist. Der gesamte Bargeldbestand der SBZ hat sich bis zu diesem Frühjahr weiter erhöht auf eine Summe von rund 5,7 Md. DM.

„Trotz der Erfolge traten im Braunkohlenbergbau eine Reihe von Mängeln auf. So wurden in einigen Betrieben durch Ausfall von Großgeräten die Pläne nicht erfüllt.“ Dieses amtliche Geständnis verdeutlicht, daß der sowjetzonale Schwermaschinenbau nicht imstande ist, eine laufende Versorgung der großen Tagebaubetriebe mit havariefreien Geräten und ausreichendem Ersatzmaterial zu sichern; denn es sind nicht nur die Großgeräte, die ausfallen. Fast täglich treten bei den elektrischen Grubenbahnen Zusammenstöße, Schienenbrüche und Entgleisungen auf. Drahtseile reißen, provisorische Befestigungen brechen, weil es an Schrauben, Bolzen und Muttern fehlt, und so ließen sich lange Listen von Zwischenfällen aufstellen an Hand der Abrechnungsberichte der Betriebe an ihre Ministerien, die natürlich nicht in der Presse abgedruckt werden dürfen. Daß die sowjetzonale Wirtschaftsführung solche Pannen geheimzuhalten bemüht ist, ist psychologisch verständlich, aber auf lange Sicht doch schädlich; denn es wird Ordnungsmäßigkeit vorgetäuscht, wo sie gar nicht existiert — und schon *Lenin* hat gesagt, daß es grundfalsch sei, Schwächen und Fehler zu verheimlichen.

Die Betriebe im Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie sollen nach dem amtlichen Bericht ihren Plan mit 102 vH erfüllt haben, obwohl zugegeben wird, daß bei der Energieerzeugung das Planziel nicht erreicht wurde. Einem Produktionszuwachs der Industrie von 10 vH steht ein Energiezuwachs von nur 7 vH gegenüber. Hier besteht offensichtlich eine unerwünschte Spannung; denn jede Produktionssteigerung der Industrie ist nun einmal an eine ausreichende Stromversorgung gebunden. Nun läßt sich auch abschätzen, wovon das milde Wetter im 1. Quartal 1957 die mitteleuropäische Wirtschaft bewahrt hat; denn wir wissen ja, daß die Energieerzeugung der SBZ fast ausschließlich auf der Braunkohlenbasis beruht.

Die Betriebe im Bereich des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen konnten die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahrsquartal nicht erhöhen. Sie blieb mit 7 vH konstant. Der Bericht weist auf die Schwierigkeiten bei der Roheisenerzeugung, vor allem durch den Koksmanget verursacht, hin. Der Ausfall der polnischen Lieferungen hat verheerende Folgen, und es wird nicht leicht sein, ihn zu ersetzen.

Die chemische Industrie hat die Zuwachsraten sogar sinken lassen müssen, und es ist vielsagend, daß der amtliche Bericht mit keinem Wort die chemische Industrie erwähnt. Trotz der beim Schwermaschinenbau konstan-

ten und beim allgemeinen Maschinenbau von 6 auf 16 vH erhöhten Zuwachsraten konnten beide Industriebereiche das Produktionsziel des 1. Quartals nicht ganz erreichen. Die Bestände an „unvollendeter Produktion“ sind stark angewachsen. Damit wird nicht nur die geplante Belieferung des Inlands- und des Auslandsmarktes gefährdet, sondern diese unvollendete Produktion bindet staatliche Gelder, die eigentlich schon wieder für andere Zwecke vorgesehen waren. Soll dort nun kein Mangel entstehen, so bleibt nur das Mittel kreditärer Geldschöpfung — wieder ein Fall, der zur Steigerung des Mißverhältnisses von Waren- und Geldvolumen beiträgt.

Die Leichtindustrie konnte die Zuwachsraten von 4 auf 11 vH erhöhen, eine für die Versorgung der Bevölkerung sicher erfreuliche Entwicklung, falls diese Mehrproduktion nicht dem Export zugute gekommen sein sollte. Dagegen sank die Zuwachsraten der Lebensmittelindustrie von 6 auf 0 vH, und die der Baubetriebe wird überhaupt nicht erwähnt. Die Umsatzsteigerung im Einzelhandel — hier müßte sich im wesentlichen die Mehrerzeugung der Leicht- und Lebensmittelindustrie ausgewirkt haben — betrug im 1. Quartal 1957 aber nur 4 vH, so daß der Warenumsatzplan nicht erfüllt worden ist. Der Umsatz an Nahrungs- und Genußmitteln erhöhte sich sogar nur um 1 vH. Das macht verständlich, welche Schwierigkeiten sich der Aufhebung der Lebensmittelrationierung, um die es in den offiziellen Verlautbarungen sehr ruhig geworden ist, noch in den Weg stellen.

Günstig hat sich der Außenhandel der SBZ entwickelt. Lag der Umsatz im 1. Quartal 1956 nur um 6 vH über dem des 1. Quartals 1955 (westdeutsche Vergleichsziffern hier jeweils in Klammern: 10,8 vH), so stieg die Umsatzsteigerung im 1. Quartal 1957 auf 20 vH (27 vH). Der Export erhöhte sich im 1. Quartal 1957 um 23 vH (28,4 vH), der Import um 18 vH (25,1 vH). Es ist bezeichnend, daß schon bei den Entwicklungsrichtungen von Aus- und Einfuhr in der SBZ die Spanne zwischen beiden größer ist als in der Bundesrepublik. Hier kommt zum Ausdruck, daß die SBZ unter einem sehr starken Zwang zum Exportieren steht. Sie muß eine Unterversorgung des Binnenmarktes in Kauf nehmen, um die Ausfuhrverpflichtungen erfüllen zu können. Während man sich in der Bundesrepublik Gedanken macht, wie man den hohen Ausfuhrüberschuß verringert, muß die Wirtschaft der SBZ einen möglichst hohen Ausfuhrüberschuß anstreben.

Diesem Zweck diente auch wieder die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse mit ihrem zum Teil verbesserten Exportangebot. Dieser gute optische Eindruck ist jedoch kein Maßstab für das Funktionieren des Außenhandelsgeschäftes der SBZ. Erst kürzlich ist in dem Fachblatt „Die Wirtschaft“ ausführlich von autorisierter mitteleuropäischer Seite auf die Fragen eingegangen worden, die im Außenhandel

der SBZ bisher noch nicht befriedigend gelöst werden sind. Es hapert immer wieder an der termin- und qualitätsgerechten Erfüllung der Lieferabmachungen — eine Folge der ständigen Produktionsstörungen in den Betrieben der SBZ —, was besonders kritisiert wird, wenn es gegenüber den Ländern des Ostblocks und den „unabhängigen Nationalstaaten Afrikas und Asiens“ auftritt. „Gegenwärtig gilt das ganz besonders für unsere Maschinen- und Fertigwarenexporte nach Ägypten und Indien. Nicht nur politisch-moralisch, sondern auch ökonomisch müssen diese Völker spüren, daß sie in unserer Republik einen ehrlichen Freund haben.“ Auch die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Außenhandelsorganen und den für die Industrieproduktion zuständigen Instanzen klappt nur mit großen Reibungen. Hier fehlt einfach der erwerbswirtschaftliche Anreiz, den die vollgeplante Staatswirtschaft auch durch noch so viele Anordnungen nicht ersetzen kann.

Die Situation im Außenhandel der SBZ sei nach wie vor angespannt, wird offiziell kritisiert. Die Importpläne würden übererfüllt, die Exportpläne würden dagegen nicht erreicht. Der Hauptträger des Exports, der mitteldeutsche Maschinenbau, weist erhebliche Lieferrückstände auf. Die Exportverpflichtungen seien „sträflich vernachlässigt“ worden. Die Fehlerquellen sollen allerdings auch bei der ungenügenden Bereitstellung von Roh- und Halbstoffen aus Importen liegen. Die offizielle Kritik verlangt gemeinsame Maßnahmen. Warum in diesem Wirtschaftssystem diese Forderung überhaupt ausgesprochen werden muß, bleibt uns unverständlich. Die Außenhandelsorgane hätten beispielsweise angeregt, auch die Leichtindustrie für den Export verstärkt einzusetzen. Die Industrie habe darauf jedoch kaum reagiert.

Nun könnte mancher sagen, daß diese Überlegungen wohl doch nicht so wichtig sein können, wenn es der SBZ gelingt, trotz aller Schwierigkeiten einen Ausführüberschuß zu erzielen. Dieser Überschuß allein genügt aber nicht, solange er sich nur rein rechnerisch als Differenz von Aus- und Einfuhr ergibt. Er wird mehr als wettgemacht durch die Milliardenbeträge an Preissubventionen, die aus dem Staatshaushalt dafür gezahlt werden müssen, daß die Industrie der SBZ noch mit zu hohen Selbstkosten arbeitet und daher auf dem Weltmarkt nicht ohne preisstützende Zuschüsse konkurrenzfähig ist. Die Kalkulationen seien noch nicht immer auf der Grundlage echter Weltmarktpreise abgestimmt. Diese schonungsvolle Kritik aus den eigenen Reihen erwähnt jedoch nicht den einen Hauptgrund für die Exportsubventionen, nämlich den von den Sowjets im November 1953 angeordneten Umrechnungskurs zwischen der DM/Ost und den anderen Ostblockwährungen. Die DM/Ost wurde damals zur höchstbewerteten Währung im Ostblock aufgewertet, womit die SBZ auto-

matisch eine beträchtliche Verteuerung ihrer Exporte in Kauf nehmen mußte. Da rund drei Viertel des Exportes der SBZ in die Ostblockländer gehen, hatte diese Manipulation erhebliche Subventionsbeträge zur Folge (1952 = 1,4; 1953 = 2,0; 1954 = 3,5; 1955 = rund 4; 1956-Plan = 3 Md. DM).

*

Es wurde bereits erwähnt, daß die Korrektur des Volkswirtschaftsplanes 1957 erst Ende April abgeschlossen war. Während aber in den früheren Jahren der Inhalt dieses Planes in einer Fülle von Einzelheiten veröffentlicht wurde, beschränkte man sich in diesem Jahre auf wenige Hauptpunkte. *Leuschner gab* zugleich bekannt, daß man dabei sei, den 2. Fünfjahrplan fertigzustellen. Dies erklärt die Zurückhaltung bei der Bekanntgabe von Planzahlen; denn wenn heute, in der Mitte des zweiten Jahres des 2. Fünfjahrplanes, immer noch an der Endfassung des Gesamtplanes gearbeitet wird, dann haben auch die bisher veröffentlichten Planzahlen nur vorläufigen Charakter.

Das Wachstum der Industrieproduktion soll im Jahre 1957 nur 6 vH betragen, während das durchschnittliche Wachstum im 2. Fünfjahrplan ursprünglich viel höher angesetzt gewesen war. Natürlich soll sich auch in diesem Jahr die Erzeugung von Produktionsmitteln stärker erhöhen als die von Konsumgütern. Der Wohnungsbau soll um 62 vH gesteigert werden — eine anscheinend sehr bemerkenswerte Leistung. Aber an einer anderen Stelle des Berichtes findet sich die Bemerkung über die Planberatung, daß nach dem Plan im Jahre 1957 50 000 Wohnungen gebaut werden sollen. Diese Zahl sieht schon weniger bemerkenswert aus, und wenn wir die erhoffte Steigerung einmal auf die Wohnungszahl beziehen, dann errechnet sich, daß in der SBZ im vorigen Jahr knapp 31 000 Wohnungen gebaut worden sein müssen, und das ist nur noch in negativer Hinsicht bemerkenswert.

Ein kleiner Ausflug in den mitteldeutschen Wohnungsbau soll das erläutern. Bis 1950 war die Bautätigkeit in der SBZ sehr niedrig. Wenn überhaupt, dann wurden nur Neubauerngehöfte errichtet. Aber auch in Westdeutschland lag die Bautätigkeit noch weit unter dem heutigen Stand. Ende 1950 konnte das Wohnungsdefizit in der SBZ auf etwa eine Million Wohnungen und in Westdeutschland (ohne West-Berlin) auf etwa 4,2 Millionen Wohnungen veranschlagt werden. In Westdeutschland sind jedoch nach 1950 Bauergebnisse von weit über 500 000 Wohnungen je Jahr zur Regel geworden. In der SBZ mußte der Wohnungsbau als offizielles Stiefkind der Wirtschaftsentwicklung mit sehr viel niedrigeren Ergebnissen zufrieden sein (1950 = 14 000; 1951 = 18 000; 1952 = 18 000; 1953 = 33 000; 1954 = 32 000; 1955 = 33 000; 1956 = 31 000 Wohnungen).

Diese relativ traurigen Zahlen sind jedoch nicht nur die Folge der Planungsentscheidung zuungunsten des Wohnungsbaues, sie ergeben sich auch aus der Situation des Baumarktes, der fast zu 100 vH finanziell vom Staat getragen wird und dessen Kennzeichen Mangel an Baustoffen und Baubeschlägen, ein sehr niedriger Anteil an moderner, industrialisierter Bauweise mit vorgefertigten Bauelementen und Großmaschinen und eine Reihe organisatorischer Fehler sind. „Die ungenügende Ausnutzung von Baumaschinen führt zwangsläufig zu Verlusten. Am wenigsten sind gegenwärtig Kräne ausgelastet. Auf den industriellen Großblockbaustellen (es gibt davon leider zu wenige, d. Verf.) in Berlin (Koppenstraße) beträgt der Auslastungsgrad 20,2 vH, in Dresden nur 6,3 vH, in Magdeburg 19,6 vH. Eine Übersicht über den Einsatz von Mischern zeigt im Bezirk Suhl eine durchschnittliche Ausnutzungsquote von weniger als 30 vH, wogegen in Erfurt 55 vH erreicht wurden.“ So schilderte kürzlich die sowjetzonale „Deutsche Finanzwirtschaft“ die Baumethoden in der SBZ. Die wenigen Großmaschinen und -geräte, die vorhanden sind, werden also noch schlecht ausgenutzt. Dies liegt sicher zu einem großen Teil daran, daß die staatlichen Baubetriebe nicht zu einem erwerbswirtschaftlichen Denken und Handeln gezwungen sind.

*

Aus dem bisher Gesagten soll nicht gefolgert werden, das muß besonders hervorgehoben werden, daß wir etwa nur an der Darstellung . negativer Erscheinungen aus dem Wirtschaftsleben der SBZ Gefallen fänden. Aber ein System, das von sich behauptet, daß es das einzige wissenschaftlich fundierte und störungsfreie Wirtschaftssystem, und die anders geordnete Wirtschaft des Westens — wie bei uns in der Bundesrepublik — anarchisch sei, muß es sich schon gefallen lassen, wenn es kritisch unter die Lupe genommen wird, zumal sich diese Kritik auf die offiziellen Verlautbarungen stützt.

Unzweifelhaft hat diese Art der Staats- und Wirtschaftsführung z. B. den Vorteil, Forschung und Produktion ohne Rücksicht auf Finanzierungsprobleme auf ganz bestimmte technische Entwicklungsvorhaben festlegen zu können. So kann man voll anerkennen, daß beispielsweise die Entwicklung von Doppelstock-Personenwagen der sowjetzonalen Reichsbahn, die jetzt sogar als einheitlicher Gliederzug gebaut werden und ein sehr günstiges Verhältnis zwischen Nutzlast und toter Last besitzen sollen, ein schöner Erfolg der mitteldeutschen Waggonbaubetriebe ist. Auch in der Entwicklung neuer Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus oder des Schiffbaues, wie z. B. des Mutterschiffes „Robert Koch“ für die Hochseefischer, hat die mitteldeutsche Industrie beachtliche Leistungen erzielt. Aber diese wenigen Spitzenleistungen, die für die optische Wir-

kung nach außen besonders hervorgehoben werden, sind leider nicht charakteristisch für das gesamte Leistungsniveau oder gar für das Funktionieren des ganzen Systems.

Das allgemeine normale Wirtschaftsleben der SBZ wird durch eine Fülle von Fehlplanungen, Doppelarbeit, Störungen aller Art und Unzulänglichkeiten bestimmt, die wir den Menschen in Mitteldeutschland als den davon unmittelbar Betroffenen sehr gern erspart sehen würden.

Es ist z. B. typisch für diese Wirtschaft geworden, daß die Suche nach Geräten, Maschinen, Ersatzteilen und Roh- und Hilfsstoffen nicht auf dem in Westdeutschland üblichen Wege, nämlich der Anfrage bei dem fachlich zuständigen Lieferanten, sondern auf dem Wege der Zeitungsannonce vorstatten geht, weil der Suchende einfach nicht weiß, an wen er sich mit Aussicht auf Erfolg wenden könnte. Er spricht daher lieber die anonyme Vielzahl möglicher Lieferanten in der Zeitung an. Die Annonce als Ausdruck der Ratlosigkeit im Wirtschaftsleben einer Staatsplanwirtschaft, das ist eine Erscheinung, die unsere Zeitungswissenschaftler interessieren dürfte, die den Menschen der Wirtschaft jedoch nur wundern kann.

In solchen Anzeigen wird z. B. folgendes, zum Teil mit dem Vermerk „sehr dringend“; gesucht: Kistenverschlüsse 105 und 130 mm; Junkers Dieselmotor, stationäre Type 1 HK 65; Bohrröhre 350 bis 1500 mm Durchmesser mit Gewinde und andere ähnliche Röhre für Brunnenbau; Ladegleichrichter für Elektrokarren, 8 Amp.; vermessingte Rucksackösen, 8 bis 10 mm; 300 m 10 kV Erdkabel; Goldbronze, auch kleinste Mengen; Strontiumnitrat; Kartoffeldrahtkörbe; Kugellager für Exportaufträge; einen Flaschenzug usw. Diese Anzeigen wiederholen sich oft, so daß daraus geschlossen werden kann, daß sie wenig Erfolg hatten.

Auf der einen Seite fehlt es an kleinen und großen Dingen, und auf der anderen Seite wird Verschwendung getrieben. Dafür sei das folgende Beispiel erwähnt. Den Exportbetrieben wird oft vorgeworfen, mit dem importierten Engpaßmaterial nicht sparsam genug umzugehen. Dazu muß man wissen, daß die Frachvergütung für Maschinenbauexporte nach der Sowjetunion vom Gewicht der gelieferten Maschinen abhängig ist. Diese Vergütung wird den Betrieben gutgeschrieben. Sie haben nun in vielen Fällen die Maschinen durch sehr aufwendige Stahlverwendung so schwer gemacht, daß außer dem Preis noch eine ansehnliche Frachvergütung herausprang. Daß dieser Schildbürgerstreich den Staat zusätzlich Geld kostet, ist dem Betriebsgeizigen gleichgültig.

Aber auch der Staat selber macht derartige Schildbürgerstreiche. Der in den letzten Jahren mit vielen Millionen Kosten westlich von Berlin gebaute Umgehungskanal — der sog. Paretzer Kanal — ist nicht mehr für den normalen Schiffsfrachtverkehr benutzbar, weil

seine zum Teil über moorigem Gelände aufgeschütteten Dämme wegsacken. Dieses Kanalprojekt hatte schon der Alte Fritz wegen der geologischen Schwierigkeiten aufgegeben. Die SED wollte es aber aus politischen Gründen, zur Abschnürung West-Berlins, unter allen Umständen verwirklichen. Nun hat sie die Quittung, die wieder einmal nicht sie, sondern die Masse der Steuerzahler tragen darf. Die Lastkähne und Schleppzüge müssen wieder wie früher die West-Berliner Schleusen passieren, sehr zum Leidwesen Pankows.

Kürzlich faßte ein polnischer Binnenschiffer diese günstige Gelegenheit beim Schopfe und stellte sich an der Charlottenburger Schleuse unter den Schutz der West-Polizei. Ihm konnte das Versanden des Kanals nur recht sein; denn er hätte sonst West-Berlin auf dem Wege von Frankfurt nach Magdeburg nicht zu sehen bekommen.

*

Wie in jedem Frühjahr nahm auch in diesem Jahr der 1. Mai mit seinen Aufmärschen und Veranstaltungen einen besonderen Platz im Partei- und Betriebsleben der SBZ ein. Von einem Feiertag der Arbeit, von einer Besinnung auf die Vorkämpfer der Grundrechte des arbeitenden Menschen, ja von dem sozialpolitischen Inhalt dieses Tages war jedoch in diesem Jahr in der SBZ noch weniger zu spüren als in den Jahren vorher. Das sowjetische Beispiel, das so fatal an die Paraden Hitlers und Mussolinis erinnert, wird immer sklavischer nachgeahmt. Statt um Sozialpolitik geht es heute um Steigerung der Produktion, Selbst-

verpflichtungen und vor allem um die Dokumentation der militärischen Macht. „Schlagt den Militarismus“ war die sicher nicht ironisch gemeinte und trotzdem sehr sinnige Maiparole über dem Aufmarschplatz in Ost-Berlin. Und dann paradierten Betriebskampfgruppen, der Volkssturm neuer Art, Aktivisten, Betriebsabordnungen, Polizei- und Wehrmachteinheiten zu Fuß, in Panzern, mit schwerer Artillerie, in Amphibienwagen sowjetischer Bauart und in sowjetischen Düsenjägern an den und über den sich selbst applaudierenden Staats- und Parteigewaltigen vorbei.

Was sollen eigentlich diese militärischen Schaustellungen, sei es in Moskau, Prag oder Ost-Berlin, was sollen die Manöver der Kampfgruppen und was sollen die mit Schieß-eisen bewaffneten Mädchen und Jungen der FDJ? Bei den Erfahrungen, die gerade wir Deutschen in unserer Geschichte mit militärischer Angabe gemacht haben, kommt einem das alles wie Zirkus vor. Das Unangenehme ist nur, daß das hinter diesem Zirkus stehende politische System die These vertritt, daß jeder Krieg gerecht sei, der dazu diene, einem anderen Volke zu der „Freiheit“ zu verhelfen, die im Ostblock als Freiheit gilt. Der Erfinder dieser These vom gerechten Krieg konnte noch nicht die nuklearen Waffen und damit die Sinnlosigkeit jedes Krieges überhaupt einkalkulieren. Wir können nur hoffen, daß dieser Widersinn zwischen angeblicher Gerechtigkeit und militärischer Sinnlosigkeit den Machthabern im Ostblock inzwischen restlos klar geworden ist.

Walter Meier